

Mit Kindergrundsicherung der Kinderarmut den Kampf ansagen

Die Forderung der LINKEN nach einer armutsfesten Grundsicherung für Kinder wird von zahlreichen Experten aus Sozialverbänden und Vereinen unterstützt. Dies wurde bei der öffentlichen Anhörung der Kinderkommission des Bundestages am 5.11.2008 deutlich.

So sprach sich Barbara König, Geschäftsführerin des Zukunftsforums Familie, für die Einführung einer eigenständigen Kindergrundsicherung aus. In der „Zerstückelung familienpolitischer Leistungen“ sehe sie einen Grund für die zunehmende Kinderarmut. Des Weiteren informierte sie, dass Sozial- und Familienverbände derzeit Beträge von 300 bis 450 Euro monatlich als Kindergrundsicherung für angemessen hielten.

Auch Sabina Schutter, Referentin beim Bundesverband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) plädierte für eine Kindergrundsicherung. Diese müsse aber bedarfsunabhängig ausgestaltet werden.

Prof. Ronald Lutz von der FH Erfurt fordert indes eine Kindergrundsicherung, die sich am tatsächlichen Bedarf der Kinder orientieren und die bisherigen Transferleistungen zusammenfassen müsse. Nach seiner Auffassung reiche es aber nicht aus, den betroffenen Familien mehr Geld in die Hand zu geben, sondern es müsse vor allem die aufsuchende Hilfe verbessert werden. Unumgänglich sei auch eine stärkere Vernetzung von Jugendhilfe, Kindertageseinrichtungen und Schulen, so der Professor für Sozialwesen.

Annette Berg, Jugendamtsleiterin der Stadt Monheim (NRW), stellte das Netzwerk „Mo.Ki - Monheim für Kinder“ vor. Sie berichtete, dass die Kinder- und Jugendhilfe vor Ort systematisch umgebaut worden sei - weg von der Reaktion auf Defizite hin zur Prävention als aktive Steuerung und Gestaltung. Ziel sei es, möglichst vielen Kindern eine erfolgreiche Entwick-

lungs- und Bildungskarriere zu eröffnen und diese abzusichern, so die Jugendamtsleiterin.

Marion von zur Gathen, familienpolitische Referentin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, forderte eine Änderung der Ermittlung der Höhe von

Kinderregelsätzen im Bereich von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe. Die Ableitung des Kinderregelsatzes aus dem Erwachsenenregelsatz sei nicht sachgerecht. Gerade in den Bereichen Ernährung, Bekleidung, Gesundheit und Bildung hätten Kinder andere Bedarfe als Erwachsene. Statt der gegenwärtigen Regelsätze in Höhe von 211 bis 281 Euro seien spezifische Kinderregelsätze in Höhe von 276 bis 358 Euro notwendig, so Marion von zur Gathen.

Mit Dr. Wilhelm Adamy, dem Leiter des Bereichs Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand, stimmte sie überein, dass die kürzliche Anhebung der Regelsätze anhand des aktuellen Rentenwertes nicht angemessen sei. Adamy

forderte, dass der Regelsatz auf der Basis eines Gutachtens unabhängiger Experten vom Deutschen Bundestag festgesetzt werden solle. Als einen weiteren Punkt für Chancengleichheit erachtete er die Lernmittelfreiheit für alle Kinder.

Die Ergebnisse der Anhörung belegen, dass das Engagement der LINKEN gegen Kinderarmut nicht nur bei den betroffenen Familien, sondern auch bei den Fachleuten breite Zustimmung findet. Insbesondere auch die Situation in Brandenburg fordert unverzügliches Handeln. Hier wächst inzwischen jedes vierte Kind in Armut auf. In einigen Regionen des Landes ist sogar jedes dritte Kind von Armut betroffen. In der Kinderkommission, im Parlament und vor Ort werden wir uns weiter für gerechte Chancen für alle Kinder einsetzen. D. Golze



Diana Golze ist die Kinder und Jugendpolitische Sprecherin der Bundtagsfraktion DIE LINKE